

Zeitschrift: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik
Herausgeber: Verein für wirtschaftshistorische Studien
Band: 43 (1998)

Artikel: Werner Oswald (1904-1979) : Bürge der Treibstoffversorgung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg
Autor: Rentsch, Hans U.
Kapitel: Graubündens Interesse an Oswalds Plänen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1091173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Graubündens Interesse an Oswalds Plänen

Verwertung von Brenn- und Abfallholz

Es versteht sich, dass im wald- und holzreichsten Kanton der Schweiz die Bemühungen Werner Oswalds, einen Teil des bündnerischen Holzreichtums chemisch aufzuarbeiten und damit den zeitweise höchst unbefriedigenden Holzabsatz zu steigern, auf ganz besonderes Interesse stossen mussten. Die Absicht, den neben der Wasserkraft einzigen Rohstoff des Kantons so vollständig wie möglich zu verwerten, erschien als ein volkswirtschaftliches Gebot.

Von hervorragender Bedeutung war dabei die Aussicht, das fast zur Hälfte anfallende Brenn- und Abfallholz zu verwerten. Der Waldwirtschaft sind in ihren Bemühungen, die Nutzholzproduktion zu fördern und den Brennholzanfall zu vermindern, verhältnismässig enge Gren-

zen gezogen. Jeder Kubikmeter Nutzholz wirft auch eine bestimmte Menge Brennholz – Baumwipfel, Äste, Späne – ab, und schlechtgewachsene Bäume sind vielfach nur als Brennholz zu gebrauchen. Vor allem aber ergeben die wichtigsten Waldpflegemassnahmen, vorab die häufig vorzunehmenden Durchforstungen in den Jungbeständen, dauernd und zwangsläufig beträchtliche Mengen schwachen Holzes. Sollen die Waldbesitzer dazu bewogen werden, die waldpflegerischen Massnahmen im Interesse einer verbesserten Holzproduktion regelmässig durchzuführen, muss Gewähr dafür bestehen, dass das Durchforstungsmaterial auf dem Markt seinen Absatz findet. Fehlt es an Abnehmern, leidet die unerlässliche Pflege der jungen Waldbestände, ja unterbleibt. Die Folge davon ist eine

Die Nutzung des Abfallholzes sollte eine regelmässige Durchforstung der schlecht genutzten Wälder in Graubünden nach sich ziehen.



Verschlechterung des Waldbestandes. Dies äussert sich in einer verminderten Nutzholzerzeugung und führt zu einem vermehrten Anfall minderwertigen Holzes.

Die Möglichkeiten, aus diesem Teufelskreis auszubrechen, liegen somit kaum in den Händen der Holzproduzenten. Die Lösung des Problems ist vielmehr auf der Verwerterseite zu suchen. Allerbeste Voraussetzungen dafür schien die Holzverzuckerung zu schaffen, ja, sie versprach für die schweizerische Holzwirtschaft ganz allgemein von grösstem Nutzen zu werden. Denn auch bei der Verwertung des Nutzholzes, das zu neunzig Prozent in die Sägereien gelangt, entstehen sogenannte Abfälle – Schwarten, Spreissel und Sägemehl –, und zwar vom ursprünglichen Quantum rund ein Viertel, das nicht als Schnittware, Bretter und Kantholz verwendet werden kann. Für die Sägereibetriebe spielt die Verwertung dieser Abfälle betriebswirtschaftlich und ertragsmässig eine erhebliche Rolle. Zelluloseindustrie und Holzplattenfabrikation griffen zwar bereits in steigendem Masse auf diese brachliegenden Holzmengen zurück, doch reichte ihr Bedarf nicht aus, deren Absatz zu gewährleisten.

Das Vorhaben Werner Oswalds

Im Herbst 1935 entwickelte Werner Oswald sein Vorhaben vor der SELVA, der Forstwirtschaftlichen Zentralstelle der Schweiz, vor der Genossenschaft bündnerischer Holzproduzenten und dem schweizerischen Holzindustrieverband, und bereits damals erwärmte sich die Regierung in Chur für die Pläne. Sie trafen sich dort mit den Anstrengungen, dem wirtschaftlich einseitig ausgerichteten und in den dreissiger Jahren unter der gleichzeitigen hefti-

gen Krise der Landwirtschaft und der Hotellerie schwer leidenden Kanton zu einer gewissen Industrialisierung und damit zu einer verbesserten Verteilung des Konjunkturrisikos zu verhelfen. Ausdruck dieser Bestrebungen war unter anderem das am 27. September 1935 eingereichte und in der Herbstsession vom Nationalrat behandelte Postulat von Moos (von Ludwig von Moos, dem späteren Bundesrat), das folgendermassen lautete: *«Zum grossen Schaden der schweizerischen Waldwirtschaft wird der Absatz von Holz im allgemeinen und von Brennholz im besonderen immer schwieriger, und es muss deshalb jede Verwendungsmöglichkeit geprüft und ausgenützt werden. Nun ist die Verwendung von Holz als Treibstoff für Motoren technisch gelöst. Auch die wirtschaftliche Erzeugung von Alkohol aus Holz ist heute möglich, und in den meisten Staaten besteht schon jetzt der Beimischungszwang von Spiritus zum Benzin für Motorfahrzeuge. Diese neuen Verwertungsmöglichkeiten sind überdies geeignet, die wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Landes durch Eigenerzeugung der nötigen Motorbrennstoffe weitgehend zu sichern. Wir laden deshalb den Bundesrat ein, die Frage zu prüfen, durch welche behördlichen Massnahmen obige Bestrebungen wirksam gefördert werden können.»*

Gründung der HOVAG

Das war ganz im Sinne der bündnerischen Regierung. Sie sicherte deshalb dem von Werner Oswald ausgearbeiteten Projekt für die Produktion von 20 000 Hektoliter Sprit aus rund 30 000 Ster Holz – was ungefähr dem Holzüberschuss des Kantons Graubünden entsprach – ihre volle Unterstützung zu und setzte zur Abklärung weiterer Fragen

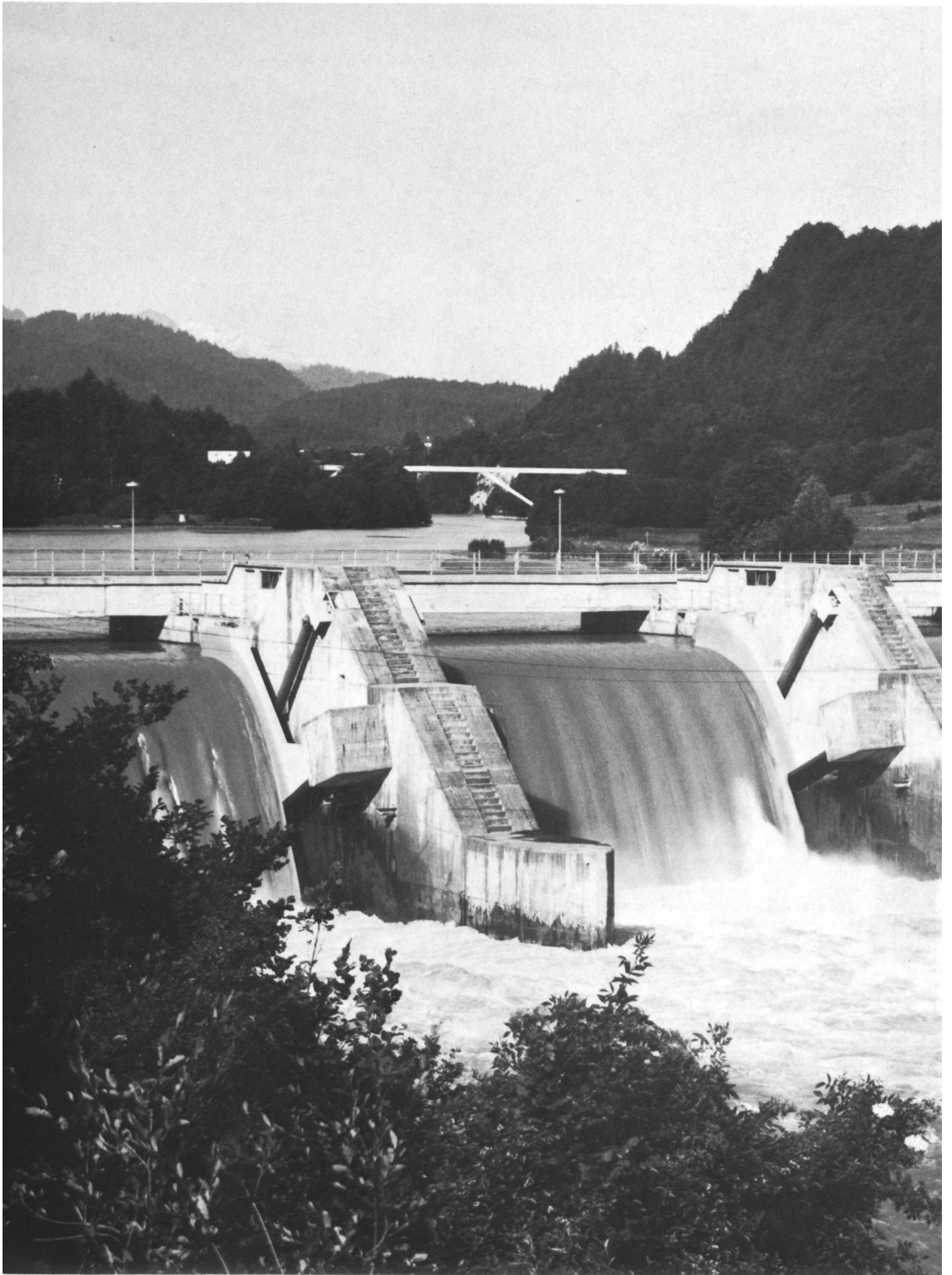


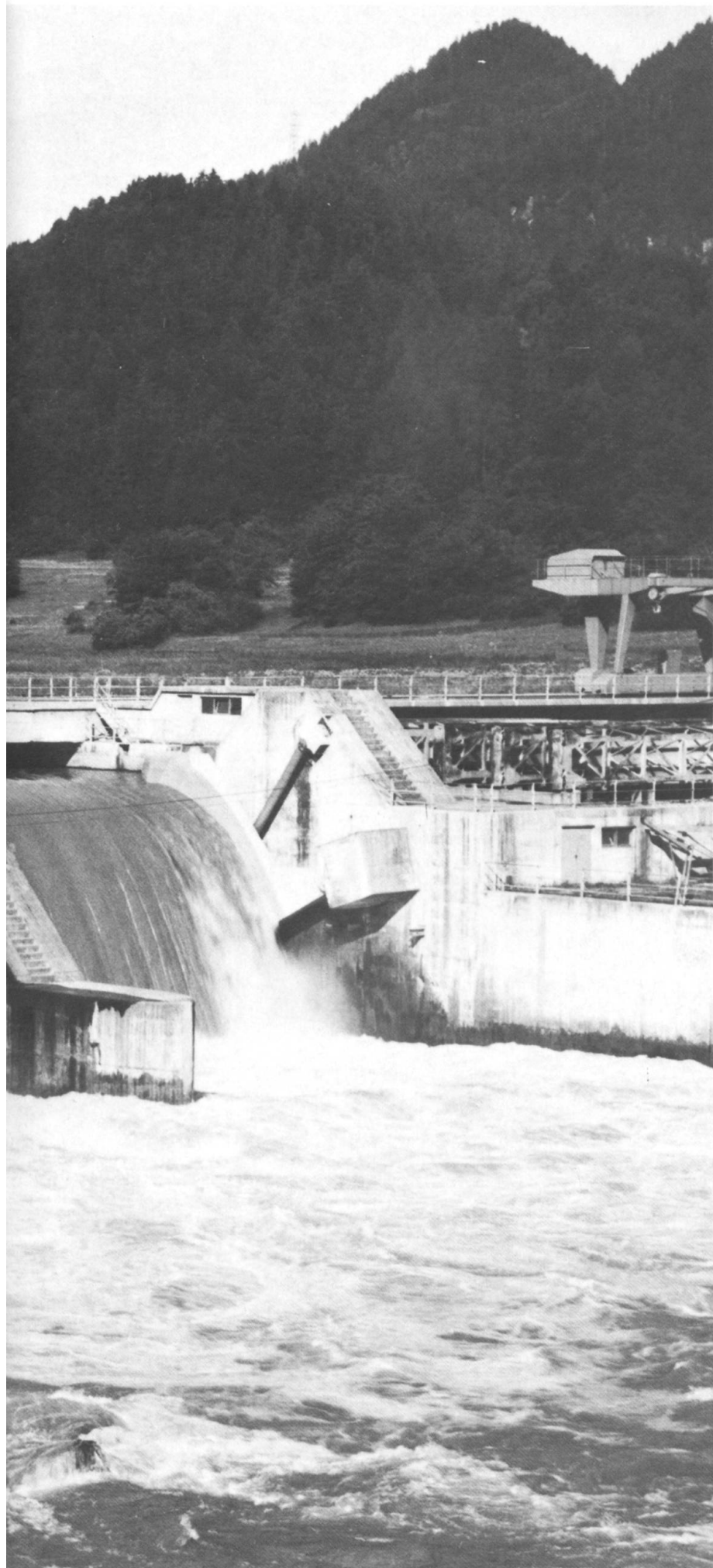
Die Zentrale in Pintrun eine Expertenkommission ein. Bundesrat Obrecht bekundete sein lebhaftes Interesse.

Kurz nachdem derart die Öffentlichkeit auf die Angelegenheit aufmerksam gemacht worden war, kam es am 23. Mai 1936 zur Gründung der Holzverzuckerungs-AG (HOVAG) als Studiengesellschaft zur Sicherung der verfahrensmässigen Grundlagen und zur Leistung weiterer Vorarbeiten. (1941 verlegte sie ihren Sitz von Zürich an ihren industriellen Standort Ems.)

Dieser Gründung vorausgegangen war 1933, wie erwähnt, jene der PATVAG, Aktiengesellschaft für Patente und Verwaltungen, später PATVAG AG für Chemie und Elektrizität, in Zürich, der Inhaberin der Fabrikationslizenz des Dr. Scholler zur Holzverzuckerung. Diese Ge-

sellschaft hat später Planung und Bauleitung für das Holzverzuckerungswerk in Ems besorgt und ausser der Zentrale in Pintrun die Elektrizitätswerke Tavanasa, Russein, Reichenau und Frisal gebaut, die die HOVAG mit Strom belieferten. Der Bruder Werner Oswalds, Dr. Rudolf Oswald, damals Gerichtspräsident Luzern-Land, Kreis Kriens, prägte den Finanzplan; ihm oblagen für die PATVAG und die HOVAG die Finanz- und Bilanzpolitik, die Budget- und Steuerfragen, die Personal- und Gewerkschaftsprobleme, das Rechts- und Versicherungswesen und die oberste Administration. Er war der ruhende Pol in der stürmischen Entwicklung und hatte manche von seinem weitvorausblickenden Bruder aufgewählte Wege zu glätten.





Bündens Regierung bemüht sich um eine Konzession

Im Winter 1935/36 trat Werner Oswald im Auftrag des Komitees der Initianten an den Kleinen Rat des Kantons Graubünden heran mit dem Begehren um Förderung des Projekts für die Erstellung einer Anlage zum Zwecke der Erzeugung von jährlich 20 000 Hektolitern Feinsprit für die Alkoholverwaltung. Im Bewusstsein der grossen Bedeutung eines solchen Werkes für die bündnerische Wirtschaft, wandte sich die Regierung des Kantons am 8. September 1937 an das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement, um die Alkoholverwaltung zur Erteilung der Konzession zu ermächtigen und gleichzeitig die Abnahme des anfallenden Sprits bis zu 20 000 Hektolitern jährlich zu den Gestehungskosten zuzusichern.

Der Kleine Rat ging bei der Begründung seines Gesuches vor allem von folgenden Überlegungen aus: Die Volkswirtschaft Graubündens beruhe auf den drei Pfeilern Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fremdenindustrie. Alle drei Wirtschaftszweige seien krisenempfindlich. Durch die Errichtung des Werkes werde ein Teil des Holzabsatzes der Krisenempfindlichkeit entrückt. Das bedeute erhöhten Ertrag der Gemeindewaldungen, zusätzlichen Verdienst für die Bergbevölkerung und damit eine wirksame Berghilfe. Die Sicherung des Absatzes von Brennholz sei für die Wirtschaft des Kantons deshalb von ausschlaggebender Bedeutung, weil der Wald – zu neun Zehnteln in kommunalem Besitz – die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz aller bündnerischen Gemeinden bilde. Zudem sei

er für die Bevölkerung die wichtigste Quelle der Arbeitsbeschaffung und eines zusätzlichen bescheidenen Erwerbs. Die bündnerische Holzproduktion bestehe zu 53 % aus Brennholz. Weil Nadelbrennholz keine allzu starke Frachtbelastung ertrage, müsse es zum grössten Teil im Kanton selbst abgesetzt werden. Da dieser Absatz immer schwieriger werde, könne die Durchforstung, welche allein die Erzeugung hochwertigen Qualitätsholzes gewährleiste, aus Mangel an Absatz kaum mehr durchgeführt werden. Damit sei eine nicht zu unterschätzende Minderung der finanziellen Walderträge und eine schwer ins Gewicht fallende Einbusse an Arbeitsplätzen verbunden.

Verwirklichung wird ins Auge gefasst

Nun waren die Voraussetzungen geschaffen, die Errichtung des Wer-

kes unter verfahrensmässigen, technischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten näher zu prüfen. Dennoch war es nicht einfach, zu einer Zeit, wo für die Beurteilung wirtschaftlicher Prozesse praktisch allein auf die Rentabilität abgestellt wurde, den Bau und Betrieb eines solchen Werkes zu vertreten. Erst als die Behörden und die Öffentlichkeit begannen, das Holzverzuckerungsprojekt in seinen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen zu sehen, steuerten die grundsätzlichen Fragen einer Lösung entgegen. Doch dazu bedurfte es einer gehörigen Aufklärungsarbeit. Nicht zuletzt die besondere Lage Graubündens legte es schliesslich den Bundesbehörden nahe, trotz vielen Bedenken, namentlich gewisser Wirtschaftskreise und Verwaltungen, die Verwirklichung eines solchen Werkes ins Auge zu fassen.

Kraftwerke Frisal

